

Neben den laufenden Berichten zum Wirtschaftsgeschehen und Untersuchungen zu selbst gewählten Themen erstellt das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung Gutachten für öffentliche und private Auftraggeber zu wichtigen wirtschaftspolitischen Fragen. Ein Teil dieser Arbeiten wird vom Institut im Rahmen der Schriftenreihe „WIFO-Gutachten“ publiziert und steht Interessenten gegen einen Druckkostenbeitrag zur Verfügung. Um den Inhalt dieser Bände einem größeren Leserkreis zugänglich zu machen, werden unter der Rubrik „Aus WIFO-Gutachten“ jeweils Auszüge mit den wichtigsten Ergebnissen veröffentlicht (Bestellungen bitte an das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung, Frau Holzer, Postfach 91, A-1103 Wien, Tel. 78 26 01/282)

Die Finanzmarktintegration und ihre Folgen für Banken, Kapitalmarkt und Kapitalverkehr in Österreich

Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Finanzen

Heinz Handler, Fritz Schebeck

Wien, 1990

ISBN 3-901069-02-X

186 Seiten, S. 380.—

Die internationale Liberalisierungs- und Deregulierungswelle hat auch die österreichischen Finanzmärkte erfaßt, ihre Organisationsstruktur ist aber noch nicht vollkommen auf den EG-Binnenmarkt abgestimmt. Die vorliegende Studie beleuchtet die Ausgangslage Österreichs für eine Integration in den entstehenden europäischen Finanzmarkt und die möglichen Folgen für die Wirtschaftspolitik und die Strukturen im Bankensektor.

Im internationalen Vergleich zeichnet sich die österreichische Wirtschaft durch einen *hohen Intermediationsgrad* aus, der sich in einem relativ hohen *Wertschöpfungsanteil* des Bankwesens am Brutto-Inlandsprodukt niederschlägt. Oft ist das — läßt man Länder mit wichtigen internationalen Finanzplätzen außer acht — Ausdruck von oligopolistischen oder vom internationalen Wettbewerb abgeschirmten Finanzmärkten mit Bedarf an Mengen- oder Preisanpassung. Für Österreich lassen die große Zahl an Bankstellen und relativ hohe Kredit- und Einlagenzinssätze auf eine Kombination beider Faktoren schließen.

Die *Internationalisierung* des österreichischen Bankwesens hat in den letzten Jahren zugenommen. Großbanken wickeln ihr Auslandsge-

schäft zum Teil über Niederlassungen in anderen Ländern ab, ihre Bedeutung auf internationalen Finanzmärkten ist jedoch gering. Obwohl das Interesse ausländischer Banken an Niederlassungen in Österreich zugenommen hat, ist Österreichs Bedeutung als internationaler Finanzplatz mäßig.

Österreich hat in der Vergangenheit dem *Export von Bankdienstleistungen* wenig Aufmerksamkeit geschenkt. Zur Absicherung des außenwirtschaftlichen Gleichgewichts sollten mittelfristig alle Chancen im Dienstleistungsexport wahrgenommen werden; derzeit fehlen aber noch viele Voraussetzungen für unmittelbare und durchschlagende Erfolge in diesem Bereich. Der *Finanzplatzgedanke* sollte dennoch überprüft werden, und gegebenenfalls wären Maß-

nahmen zu seiner Verwirklichung zu setzen. Gerade die Öffnung der Ostgrenzen bietet hierfür einen aktuellen Anlaß. Voraussetzungen sind

- die vollständige Liberalisierung des Kapitalverkehrs,
- der weitgehende Verzicht auf staatliche Eingriffe in die Entfaltung des internationalen Bankgeschäfts,
- eine umfassende Harmonisierung der Steuern, die die Finanzmärkte betreffen,
- der Aufbau einer adäquaten Infrastruktur in personeller und sachlicher Hinsicht,
- die Spezialisierung österreichischer Banken auf einige wenige „Nischen“ im internationalen Bankgeschäft, in denen sie sich einen mit ihrer Expertise verbundenen Namen sichern können.

Gesamtwirtschaftliche Indikatoren für das Kredit- und Versicherungswesen
Internationaler Vergleich 1985

Übersicht 1

	Wertschöpfung in % des BIP	Beschäftigte in % der Gesamt- beschäftigung	Löhne, Gehälter in % der Gesamt- wirtschaft	Relative Produktivität ¹⁾
Österreich	6,2	3,5	5,7	1,77
Belgien	5,7	3,8	6,3	1,50
Frankreich	4,3	2,8	3,8	1,54
BRD	5,4	3,0	4,4	1,80
Großbritannien	11,8	3,7	8,5	3,19
Italien	4,9	1,8	5,6	2,72
Spanien	6,4	2,8	6,7	2,29
Niederlande	5,2	3,7	4,9	1,40
Luxemburg ²⁾	14,9	5,7	12,2	2,61

¹⁾ Produktivität des Kredit- und Versicherungswesens in Relation zur Gesamtproduktivität — ²⁾ 1982

Die Internationalisierung hat bisher die *schwache Ertragslage* des Bankensektors nicht verbessert. Das Dienstleistungsgeschäft blieb wegen des hohen Intermediationsgrades von untergeordneter Bedeutung, die Gebührenstruktur ist vernachlässigt und dem Marktanteilsdenken untergeordnet. Schon die Novelle 1986 zum Kreditwesengesetz hat eine Umorientierung vom Bilanzsummen- zum Ertragsdenken eingeleitet. Nun verlangt auch der EG-Binnenmarkt eine Neuordnung der *Geschäftsziele*, die das Kosten- und Ertragsbewußtsein sowie die Qualität der Dienstleistungen in den Vordergrund stellt. Erträge werden künftig nicht vorwiegend im Massengeschäft, sondern durch sinnvolle Spezialisierung zu erwirtschaften sein. Für das österreichische Bankwesen bedeutet dies u. a.

- einen Konzentrationsbedarf der Zweigstellen,
- Druck auf die Zinskosten,
- Verlagerung der Ertragsstruktur von Zinserträgen zu Provisionen und Gebühren und
- steigende Qualifikation des Personals und dadurch möglicherweise höhere Personalkosten bzw. eine Verlagerung der Aufwandstruktur vom Sach- zum Personalaufwand.

Mit der Verschärfung des Wettbewerbs muß jede Bank die *künftige Geschäftsstrategie* überdenken. Kaum eine österreichische Bank wird allein den Schritt zur EG-weit agierenden Großbank setzen können. Die Entwicklung zum Allfinanzkonzern steht nur größeren Banken offen, die ihre Tätigkeit im Sinne eines erweiterten Universalbankenkonzepts verstehen. Einige mögen sich auf wenige, aber mit den angestammten Ressourcen

kostengünstig abzuwickelnde Geschäftszweige spezialisieren. Der überwiegende Teil der heimischen Banken wird sich wohl auch im europäischen Finanzmarkt auf seine bisherige Hauptfunktion konzentrieren: *Bankdienstleistungen auf regionaler Ebene kostengünstig anzubieten*. Von der weiteren Integration in den europäischen Binnenmarkt werden große Banken nicht so sehr betroffen sein wie kleinere, die nun aus dem geschützten in den offenen Sektor hinaustreten.

Die Struktur der Bankwirtschaft in Österreich ist durch viele Kleinbanken, wenige mittlere bis große Banken und das Fehlen von Banken internationaler Größe gekennzeichnet. Seit dem Ausbau zum Universalbankensystem gibt es viele kleine Universalbanken, die im künftig verschärften Wettbewerb auf *Kooperationen* vermutlich nicht verzichten können. Im Extremfall, der *Fusion*, bleibt offen, ob Institute mit ähnlicher oder mit unterschiedlicher Geschäftsstruktur zusammenarbeiten sollen. Der erste Fall begünstigt Skalenerträge und stärkt die Liquiditätsbasis; dem stellen sich allerdings oft unlösbare organisatorische Probleme entgegen. Im zweiten Fall wird die Entwicklung der beteiligten Banken zur Universalbank unterstützt, die organisatorischen Probleme sind leichter zu lösen. Welche dieser Formen anzustreben ist, hängt wesentlich von der Zielsetzung der Fusion ab.

Aus dem Blickwinkel der *Gesamtwirtschaft* sind Bankenkonzentrationen sinnvoll, wenn dadurch die Nettoerträge nicht von neu entstehenden (sozialen) Kosten kompensiert werden; dies könnte etwa eintreten, wenn mit der Konzentration die *Markt-*

macht der Banken zu Lasten eines funktionsfähigen Wettbewerbs zunimmt.

Die Regeln des EG-Binnenmarktes verlangen den weitgehenden Verzicht auf *staatliche Eingriffe* in die Finanzmärkte. Österreich reagiert darauf schon jetzt mit einer Anpassung des rechtlichen Rahmens (etwa für den Kapitalmarkt). Weitere Änderungen staatlicher Beihilfen (z. B. der Zinszuschüsse für Kredite) und im Steuerbereich werden zu überlegen sein.

Die Änderungen der Nachfragestruktur auf dem *Kapitalmarkt* erfordern eine Anpassung des Emissionsvolumens (in jüngster Zeit insbesondere auf dem Rentenmarkt) sowie eine Diversifizierung der Anlageinstrumente und der Emissionstechniken. Auf dem Rentenmarkt wurden die herkömmlichen Emissionssyndikate durch die Einführung verschiedener Formen des Tenderverfahrens in den Hintergrund gedrängt. Der Kapitalmarktausschuß wird künftig nicht mehr die Emissionskonditionen de facto festlegen, sondern sich der Marktinformation und -organisation sowie der Grundlagenanalyse widmen. Auf dem Aktienmarkt hat das neue Börsengesetz die von der EG vorgezeichneten Entwicklungen bereits nachvollzogen und zum Teil sogar vorweggenommen.

Früher befürchtete man, eine *Liberalisierung des Kapitalverkehrs* würde unerwünschte Kapitalströme auslösen. Die bisherigen Liberalisierungsschritte entkräften aber diese Vermutung. Die konsequente Hartwährungspolitik hat einen Grad an Glaubwürdigkeit erreicht, bei dem freier Kapitalverkehr die Gestaltung der Währungspolitik nicht mehr nennenswert beeinträchtigt. Die damit verbundene Ankoppelung an das Zinsniveau der Bundesrepublik Deutschland hat die grundsätzlichen Auswirkungen eines freien Kapitalverkehrs bereits vorweggenommen. Die Position Österreichs könnte durch Assoziation (und eventuell einen anschließenden Beitritt) zum europäischen Währungssystem (EWS) — mit seinem Interventionssystem und seinen Kreditfazilitäten — weiter abgesichert werden. Das EWS übernehme dann jene Funktion, die derzeit noch das Devisengesetz ausfüllt.

Mit der Liberalisierung des Kapi-

talverkehrs signalisieren die Behörden, daß sich die *Makropolitik* eines Freiheitsgrades begibt und daher weniger akkommodierend agieren will als unter Kapitalverkehrsbeschränkungen

Bei freiem Kapitalverkehr und festen Wechselkursen gewinnt die *Fis-*

kalpolitik zu Lasten der Geldpolitik an Bedeutung, sie muß aber langfristig mit dem Ziel der Wechselkursstabilität konsistent sein und darf daher das außenwirtschaftliche Gleichgewicht nicht gefährden. Eine expansive Nachfragepolitik wird daher nur in einer außenwirtschaftlichen Über-

schußsituation möglich sein. Die Glaubwürdigkeit der Wirtschaftspolitik beeinflussen vor allem *Lohn- und Preiserhöhungen*, die mit der Entwicklung im Leitwährungsland übereinstimmen sollen, sodaß die internationale Wettbewerbsfähigkeit erhalten bleibt.